

Rede von Aydan Özoğuz bei der FES-Konferenz „Miteinander in Vielfalt. Ein Jahr nach Veröffentlichung von Leitbild und Agenda für die Einwanderungsgesellschaft“, 27. Februar 2018

es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

zunächst danke ich für die Einladung und freue mich, dass trotz eines recht kalten Gegenwinds sich die FES nicht irritieren lässt, zum Beispiel über das Deutschsein, über **Heimat oder Patriotismus** zu debattieren, sich Gedanken zu machen und diese auszuformulieren.

Diese Debatten sind in unserer Bevölkerung leidenschaftlich, ausdauernd, bisweilen aber auch hysterisch. Mittlerweile steht fest, dass wir im Bundesinnenministerium eine **Abteilung für Heimat** bekommen werden – wenn denn die SPD-Mitglieder dem Koalitionsvertrag zustimmen werden. Wobei noch niemand so recht erklären kann, wohin die Reise mit dem Heimat-Ministerium unter Horst Seehofer gehen soll. Aus Bayern kommen Erklärungen nach dem Motto „Man soll sich wieder wohl fühlen.“

Dagegen kann ja niemand etwas haben. Wenn ich aber **die letzten Jahre zusammenfasse**, dann kam das Wort „wohlfühlen“ zumindest in der Integrationsdebatte eher selten vor. Stattdessen waren Ausgrenzung, Beschimpfung, Verdrehung oder sogar radikale Abwehr zu hören. Und inzwischen gehören **wöchentlich aufbereitete pauschale Hetze** gegen Muslime, gegen Türken – wobei Türkeistämmige gemeint sind – und auch gegen das Gedenken an unsere Geschichte dazu. Es passt in diese Stimmung, dass eine **große Tageszeitung auf ihrer Titelseite** über „Ausländer ohne deutschen Pass“ schreibt. Was für eine interessante Formulierung. Werden wir wieder völkisch? Lassen wir diese Trennlinien in unserer Gesellschaft wieder zu?

Ich danke der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass sie 2016 den **Prozess für ein Leitbild** und eine politische Agenda für unsere Einwanderungsgesellschaft gestartet hat. Ich bin 2018 noch mehr als 2016 überzeugt, dass wir ein Leitbild für 82 Millionen brauchen, hinter dem sich die große Mehrheit unseres Landes versammeln kann. Es geht um gemeinsame Werte, um Respekt für unterschiedliche Lebenswege, unterschiedliche Weltanschauungen und um Teilhabe für alle.

Wenn es noch einer Klarheit bedurfte, dass wir **endlich wach werden müssen** und den Strömungen nicht einfach freien Lauf lassen dürfen, dann ist es das Ergebnis der Bundestagswahl. Der lodernde Rechtspopulismus beweist doch: Der gesellschaftliche Zusammenhalt und ein Leitbild gehören **ganz oben auf die politische Tagesordnung** – und nicht in Sonntagsreden oder in das Feuilleton.

Auch Politikerinnen und Politiker haben **lange Zeit nicht so richtig gegen tiefe Spaltungen in unserer Gesellschaft gegensteuern können**. Es gibt Ablehnung und Menschenfeindlichkeit gegen ganze Gruppen. Und das ist gar nicht mal so neu. Auf der öffentlichen Agenda tauchen schon mal **Ablehnung gegen die üblichen Verdächtigen auf**, etwa Flüchtlinge, Ausländer oder Muslime. Die tiefere Spaltung erfasst aber auch West gegen Ost, Arm gegen Reich, Stadt gegen Land, Oben gegen Unten. Und in manchen dieser Entwicklungen steckt mittlerweile eine tiefe Depression. Sie formulieren sich aber am einfachsten, wenn man vermeintlich nicht Dazugehörige definiert und angreift. Ein ziemlich altes Muster.

Ich erinnere daran, dass die FES diese Spaltung und die oft damit verbundene Akzeptanz rechten Gedankengutes in ihren **Mitte-Studien seit Jahren gemessen** hat.¹ Aber das wurde oftmals **abgetan** oder nicht gerne gesehen.

Warum eigentlich nicht? Weil man nicht wusste, was zu tun ist? Oder weil man es nicht ernst genug genommen hat?

Ich glaube, dass menschenfeindliche, rassistische oder islamophobe **Einstellungen** schon immer da gewesen sind. Aber sie sind **lauter und vernetzter** als früher – online wie offline. Und jetzt mit einer Vertretung im Deutschen Bundestag und in fast allen Länderparlamenten. Dabei sind es immer wieder **ähnliche Mechanismen**, die zum Erfolg führen: Institutionen, die eigentlich Vertrauen genießen, werden angegriffen, sollen einen Makel bekommen. Zur Not verdreht man dafür einige Aussagen oder denkt sich manches komplett neu aus. **Beim Thema Zugehörigkeit** wird besonders gern Aussehen und Herkunft vermischt, um dann zu behaupten, dass jemand allein aufgrund dessen nicht vollständig dazu gehören würde.

So nannte der AfD-Bundestagsabgeordnete Jens Maier den Berliner Musiker Noah Becker einen „**Halbneger**“. Den Fußball-Nationalspieler Jérôme **Boateng** wolle niemand zum Nachbarn haben. Auch renommierte Journalisten wie Dunja **Hayali** bekommen diese Angriffe immer wieder zu spüren. Und beim politischen Aschermittwoch wurden Türkeistämmige vom AfD-Rechtsaußen

¹ 2016 „Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände“, 2014 „Fragile Mitte - Feindselige Zustände“, 2012 „Die Mitte im Umbruch“, 2010 „Die Mitte in der Krise“.

Poggenburg unter dem Gejohle und dem Beifall der Anwesenden als „Kümmelhändler“ und „Kameltreiber“ beleidigt, „die uns etwas über Geschichte und Heimat erzählen“ wollen. Die Türkeistämmigen – auch wenn sie den deutschen Pass haben – sollten sich scheren, wo sie hingehörten: „weit, weit hinter den Bosphorus“. Im Publikum waren „Abschieben“-Sprechchöre zu hören. Und was Herr **Gauland** mit mir vorhatte, dürfte hinlänglich bekannt sein.

Wir sind nun aber hier und wir bleiben auch hier. Wir leben hier in dritter, vierter Generation und unsere **Eltern und Großeltern haben dieses Land mit aufgebaut** und stark gemacht. Wir sind Deutsche mit türkischen Wurzeln. Mölln, Solingen, Hoyerswerda waren schlimme Verbrechen, die auf dem Gedankengut des Trennenden, des Völkischen aufbauen. Wie fühlt es sich heute an, wenn ein Polizeibeamter aus Hoyerswerda für die AfD im Deutschen Bundestag sitzt?

Noch vor der Bundestagswahl im Mai 2017 erschien **mein Namensbeitrag im Berliner Tagesspiegel**, dass es keine deutsche *Leitkultur* geben kann und jede inhaltliche Definition geradezu ins Lächerliche abgleiten muss. Denken wir nur an Thomas de Maizières Vorschlag „Wir sind nicht Burka“.

Wie lange führen wir eigentlich schon die Debatte um diese Leitkultur? Ich **wurde extrem angegriffen**, weil ein Satz aus dem Zusammenhang gerissen und verdreht wurde: Ich hätte angeblich gesagt, dass es keine deutsche Kultur gebe. Das ist natürlich vollkommener Unsinn. Stattdessen hatte ich beschrieben, dass es schwierig sein dürfte, eine Leitkultur für jede und jeden Einzelnen definitorisch sicher einzugrenzen und genau vorzugeben, wer oder was verbindlich dazugehört und wer oder was nicht. Das wäre übrigens ein ziemlich autoritärer Ansatz, den wir hoffentlich längst überwunden haben.

Ich hätte nach Veröffentlichung meines Beitrages im Tagesspiegel **nur zu gerne diskutiert, was denn das Spezifische der deutschen Leitkultur sein soll**. Und was unser Land auch kulturell im Innersten zusammenhalten muss. Das ist ja eine spannende Frage. Statt einer ernsthaften Diskussion folgten aber verbale Attacken gegen meine Person, immer verbunden mit meiner Herkunft oder Religion.

Bei meinem **facebook**-Account gab es Kommentare wie: „Dreist, wie die Türkin über unser Land spricht! Zurück zu Erdogan.“ oder „Als Muslimin können Sie die deutsche Kultur gar nicht kennen.“

Ich habe mich oft gefragt, ob die Reaktionen nur annähernd so hysterisch gewesen wären, **wenn ich nicht Aydan Özoguz heißen würde**, sondern Anna

Neumann. Vielleicht wäre mein Text dann, was er ist: Ein Debatten-Beitrag gegen die Leitkultur. Aber offenkundig **spielt es auch heute noch eine Rolle, wer etwas sagt**. Und nicht jedem – auch nicht jeder Staatsministerin – soll es erlaubt sein, über die deutsche Leitkultur zu debattieren.

Auf die Frage eines amerikanischen Journalisten, was denn für ihn spezifisch deutsche Kultur sei, geriet übrigens ein **Herr Gauland** ins Straucheln. Zitat: „Es ist schwierig, das kurz zu erklären. Es gibt deutsche Traditionen, es gibt deutsches Essen, es gibt deutsche Geschichte. Die Menschen in Hamburg haben eine andere Identität als in München. Es gibt Bach und Goethe, Thomas Mann und Händel.“²

Gauland konnte keine schlüssige Definition geben. Immerhin hat es ihn nicht gestört, dass Georg Friedrich Händel ab 1727 kein deutscher, sondern britischer Staatsbürger war.

Ich habe für mich das Fazit gezogen, dass **einige schlicht nicht ertragen können**, dass jemand mit meinem Namen und meiner Herkunft eine Meinung zur deutschen Leitkultur hat. **Zugehörigkeit infrage zu stellen, um Argumente zu diskreditieren** – das ist symptomatisch für die Verschiebungen im Diskurs.

Beim Thema Migration und Integration hatten **rationale Argumente** im Bundestagswahlkampf übrigens kaum eine Chance. Denn die Populisten spielten erfolgreich mit den **Gefühlen** der Menschen: mit der Angst vor sozialem Abstieg, vor Veränderungen im eigenen Umfeld und dem Verlust liebgewonnener Traditionen. An der Wahlurne bekamen diese Ängste ein Gesicht.

Ich denke, es ist **höchste Zeit, entgegenzusteuern**. Und da möchte ich uns Mut machen: Die Hetzer und die Miesmacher können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Mehrheit im Land Integration und Zusammenhalt will**. Das habe ich in vielen Gesprächen im ganzen Land gespürt, das zeigen alle Umfragen und auch 87%, die bei der Wahl nicht Rechtsaußen gewählt haben.

Wir brauchen jetzt einen **Aufstand der Vernünftigen, der Integrativen und des gut gelaunten Teils unseres Landes**. Mit einem emotionalen Angebot für mehr Zusammenhalt. Und da kommen natürlich die Friedrich-Ebert-Stiftung und ihr Vorschlag für ein Leitbild und eine politische Agenda für die Einwanderungsgesellschaft ins Spiel. Wir haben ein Leitbild entwickelt, das Patriotismus, Heimat und Identität positiv und inklusiv besetzen will. Ein **Leitbild, das Zusammenhalt stärkt. Aber nicht naiv** ist, sondern klare

² zitiert nach FOCUS, 03.10.2017: „Gauland wird gefragt, was deutsche Kultur sei – und gerät ins Straucheln.“

Erwartungen formuliert und von allen das Bekenntnis zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangt.

Auf diesem Konsens müssen dann **gleiche Chancen auf Teilhabe** wachsen. Und zwar für alle Menschen dieser Gesellschaft. Bei den Teilhabe-Chancen geht es um so vieles: Komme ich aus einem gebildeten Elternhaus? Gibt es in meiner Umgebung überhaupt noch Ausbildungs- oder Arbeitsplätze? Werde ich im Alter noch von meinem Betrieb gebraucht? Für einige kommt dann leider auch nachweisbare Diskriminierung hinzu – wegen des Nachnamens, der Herkunft und manchmal auch wegen der Zuschreibung zu einer Religionsgemeinschaft.

Das Leitbild der FES hat **Teilhabe nie als Gnadentat** für 18,6 Millionen Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten verstanden, sondern als ein erstrebenswertes Ziel für alle 82 Millionen Menschen in Deutschland. Darum brauchen wir auch **keine Sonderstrukturen, sondern die Stärkung der Regelsysteme**: mehr Investitionen und interkulturelle Öffnung in unseren Kitas, Schulen, Berufs- und Hochschulen, in den Jobcentern oder im Gesundheitswesen. Faire Bewerbungsverfahren bei der Ausbildung oder am Arbeitsmarkt, auch beim öffentlichen Dienst. Oder die Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes und der Migrantenorganisationen.

Gleiche Chancen auf Teilhabe sind eine Mammutaufgabe, auch für die kommende Bundesregierung. Ein **Blick in den Koalitionsvertrag** zeigt, wie herausfordernd das wird. Denn **Integration und Teilhabe waren in den Verhandlungen lange Zeit Leerstellen**. Im Kapitel zur Migrations- und Integrationspolitik war das Schlagwort Integration, wenn es überhaupt mal vorkam, nur auf Flüchtlinge gemünzt.

Jetzt bekennt sich der Koalitionsvertrag aber dazu, die **Repräsentanz** von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern – etwa in den Unternehmen und auch im öffentlichen Dienst. Außerdem ist es ein Meilenstein, dass die Integrationspfeiler **Spracherwerb, Ausbildung und Arbeit** für noch mehr Menschen zur Verfügung stehen: Für Geflüchtete, aber auch für Menschen, die seit vielen Jahren bei uns leben. Enorm wichtig ist auch, dass nach jahrelangem Kampf endlich der Weg zu einem echten **Einwanderungsgesetz** beschritten wird, damit mehr dringend benötigte Fachkräfte einwandern können.

Und wer die **anderen Kapitel des Vertrages** liest, wird das Bekenntnis zu gleichen Teilhabe-Chancen für alle finden – hinterlegt beispielsweise mit dem weiteren Ausbau der Kitas, dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, der Stärkung der Beruflichen Bildung und der Weiterbildung

oder einem ambitionierten Programm zur Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Mich freut besonders, dass wir die **Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung**, ein echtes **Integrationsmonitoring** und die **Expertenkommissionen** zu Fluchtursachen und zur Integrationsfähigkeit unseres Landes in den Vertrag geschrieben haben. Ich hoffe, das kann die Debatten über Migration, Flucht und Integration ein wenig befrieden.

Gerade die **Fachkommission zur Integrationsfähigkeit³ scheint mir geeignet, um öffentlichkeitswirksam über ein Leitbild** für die deutsche Einwanderungsgesellschaft zu beraten und wie wir **Heimat für jene schaffen**, die sich entwurzelt fühlen. Oder für jene, denen trotz deutscher Staatsbürgerschaft nie so richtig die Chance gegeben wurde, emotional Wurzeln zu schlagen.

Unser **Bundespräsident** sagte zum Tag der Deutschen Einheit 2017. Zitat: „**Wer sich nach Heimat sehnt**, der ist nicht von gestern. Im Gegenteil: je schneller die Welt sich um uns dreht, desto größer wird die Sehnsucht nach Heimat. Dorthin, wo ich mich auskenne, wo ich Orientierung habe und mich auf mein eigenes Urteil verlassen kann. (...) Die Sehnsucht nach Heimat – nach Sicherheit, nach Entschleunigung, nach Zusammenhalt und vor allen Dingen Anerkennung –, diese Sehnsucht dürfen wir nicht den Nationalisten überlassen. Heimat ist der Ort, an dem das WIR Bedeutung bekommt.“⁴

Diesen Worten schließe ich mich gerne an. Lassen Sie uns **gemeinsam für dieses WIR eintreten**. In den vielfältigen Institutionen, denen wir angehören, in Politik, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen. Im Großen wie im Kleinen. Wir alle müssen dieses vielfältige WIR laut und aktiv gegen die rechten Populisten und Demagogen verteidigen. Darauf wird es ankommen in den kommenden vier Jahren.

Herzlichen Dank!

³ Wird von der Bundesregierung eingesetzt, soll dem Deutschen Bundestag berichten.

⁴ zitiert nach: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/10/171003-TdDE-Rede-Mainz.html>